

Körting hat Vertrauen verspielt

Eine Aufführung der Mozart-Oper „Idomeneo“ an der Deutschen Oper wurde abgesagt, weil Berlins SPD-Innensenator Körting die Leitung des Hauses offenbar nur unzureichend über die tatsächliche Gefährdungslage informiert hat.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Frank Henkel, hat diese Handlungsweise scharf kritisiert. „Der Senator hat vollkommen kopflos reagiert. Die Lageeinschätzung nach Eingang eines anonymen Anrufs durch den Staatsschutz kam zu dem Ergebnis, dass Störungen nicht ausgeschlossen werden könnten, eine konkrete Gefährdung jedoch nicht bestehe. Hier werfe ich dem Senator vor, unverantwortlich gehandelt zu haben. Aufklärung im Falle einer realen Gefährdung ist richtig. Aber die Reaktion muss von Besonnen-

heit begleitet werden. Man hätte über einen erhöhten Polizeischutz oder besondere Sicherheitsmaßnahmen

an den Eingängen der Oper nachdenken können. Doch nichts dergleichen ist passiert. Der Senator hat die Situation an der Deutschen Oper fahrlässig eskalieren lassen. Den Schaden trägt Berlin und die Freiheit der Kunst insgesamt. Körting hat damit Vertrauen in den Rechtsstaat und die Sicherheitsbehörden verspielt.“

Eingeständnis begrüßt

Henkel begrüßte jedoch das spätere Eingeständnis des Senators, sich hinsichtlich der Gefährdungslage geirrt zu haben. Gleichzeitig forderte der CDU-Politiker den Innensenator auf, endlich ein Sicherheitskonzept für die gefahrlose Aufführung der Idomeneo-Oper vorzulegen. Dies sei bis heute nicht geschehen. Henkel abschließend: „Es gibt viele geeignete Möglichkeiten, auch unter dem Eindruck eines möglichen Risikos die Sicherheit der Opernbesucher, -mitarbeiter und Künstler zu erhöhen.“



Frank Henkel

Rot-Rot lässt Unis im Stich

Bei der Suche nach deutschen Eliteunis beim sogenannten „Exzellenzwettbewerb“ gehen die Berliner Universitäten leer aus. Die CDU-Fraktion warf dem rot-roten Senat vor, nicht rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt zu haben.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Michael Braun, nannte die Entscheidung des fachlich hochrangig besetzten Auswahlgremiums ein „schlechtes Zeugnis für die Arbeit des rot-roten Senats in den vergangenen fünf Jahren“.

Braun: „Die Kürzungen bei Wissenschaft und Forschungszeit zeigen ihre negative Wirkung. Der Senat unter Wowerreit hat den Berliner Universitäten durch eine gezielte Schwächung der Forschungslandschaft entscheidende Wettbewerbsnachteile zugefügt: z.B. wurden die Hochschulverträge gekündigt, die Studienplätze drastisch reduziert. Die Autonomie der Hochschulen ist durch die drohende Vier-



Michael Braun

partitität massiv gefährdet. Eine Hochschulnovelle fehlt. Die Berliner Hochschulen haben alle Potentiale für eine Exzellenzauslobung. Doch Wowerreit und Flierl haben mit ihrer unverantwortlichen Kürzungspolitik dem Wettbewerb nachhaltig geschadet.“

Braun erklärte, dass es nicht sein könne, dass die Hauptstadt und größte Universitätsstadt Deutschlands keine Exzellenzuni aufweise: „Hier wurde durch eine mangelhafte Politik die Quantität nicht in Qualität umgewandelt.“

Braun hält dem Regie-

renden Bürgermeister und seinem bisherigen Wissenschaftssenator vor, nicht rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt zu haben: „Spätestens nach der Vorauswahl und dem Scheitern der HU hätten die Anstrengungen des Senats zur Unterstützung der Bewerbung der FU verstärkt werden müssen.“

Braun forderte den Senat auf, endlich tätig zu werden: „Wir brauchen eine verlässliche Zusage, dass die Hochschulen ausreichende Mittel für Wissenschaft und Forschung erhalten. Sie sind die Diamanten der Stadt.“



Entscheidung des Auswahlgremiums ist ein schlechtes Zeugnis für die Arbeit des rot-roten Senats in den vergangenen Jahren. Berlins Studierende müssen nun ohne zusätzliche Exzellenzförderung auskommen.

CDU lädt zum Fastenbrechen

Für den 20. Oktober haben der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel und der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Kurt Wansner, zum muslimischen Fastenbrechen im heiligen Fastenmonat Ramadan eingeladen.

Im Restaurant „Fuego“ am Kudamm wurden Persönlichkeiten aus Politik, Medien, Verbänden und Religionsgemeinschaften aus der muslimischen Gemeinde zum kulinarischen Meinungsaustausch erwartet. Die Bandbreite der Eingeladenen reichte von Boten bis zum einfachen CDU-Mitglied. Dr. Friedbert

Pflüger hatte diesen Termin zum Anlass genommen, einige Thesen zum Islam, aber auch zum Islamismus zu äußern.

Wansner betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Veranstaltung: „Wir müssen die rund 300.000 Muslime als festen Bestandteil der Berliner Gesellschaft sehen, die eine Bereicherung für Berlin seien, bei allen Problemen die wir ansonsten nicht „verschleiern“ und zusammen lösen wollen.“

Berliner Gesellschaft sehen, die eine Bereicherung für Berlin seien, bei allen Problemen die wir ansonsten nicht „verschleiern“ und zusammen lösen wollen.

Veranstaltung etablieren

Außerdem fügte Wansner hinzu, dass die Muslime zum größten Teil konservative Werte vertreten wie

Ehe, Familie und Verantwortung aber leider nicht die CDU wählen würden – noch nicht.

Aus diesem Grund solle, sagte Wansner, das CDU-Fastenbrechen auch im

nächsten Jahr stattfinden und zu einer festen Größe in der muslimischen Gemeinde etabliert werden, so Gott will, und, fügte Wansner im besten Arabisch hinzu, Inshallah (so Allah will).

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBERSCHUTZ
REVIENMONITORE
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT

KURIERDIENST
GLAS- UND
GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON
SICHERUNGS- UND
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH
Stolauer Allee 35 10245 Berlin
Tel.: 030 - 29 33 94 - 0 • Fax: 030 - 29 33 94 - 11

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi)
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

REDAKTIONSLEITUNG: Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze

BILDNACHWEIS
von oben links nach unten rechts:
S.1: 2x Reitze; S.2: Lüders, Mey, Reitze;
Thiedemann; S.3: Sulkale; Istock; BMFSFJ;
S.4/5: Diverse (Lüders; Mey; Reitze; Privat);
S.6: 3x Lüders; Ausserhofer;
S.7: Istock; S.8: Thiedemann; Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird
keine Haftung übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Mehr Azubis im Einzelhandel

Auf Einladung des Hauptgeschäftsführers Holger Wenzel besuchte der Berliner Bundestagsabgeordnete den Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) in seiner Berliner Bundesgeschäftsstelle.

Dieser ist seit über 80 Jahren die Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels für rund 410.000 selbständige Unternehmen mit insgesamt 2,7 Millionen Beschäftigten und jährlich über 500 Milliarden Euro Umsatz. In seiner Funktion als Berichtsersteller für Handel der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie informierte sich Wegner vor Ort über die Arbeit in der Geschäftsstelle. In den anschließenden Gesprächen ging es um aktuelle Themen des Einzelhandels.

Ein wichtiges Gesprächsthema war dabei die Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes, das seit der Förderalismusreform Sache

der Länder ist. Der HDE beauftragte, dass nur in 4 von 16 Bundesländern die Gewerbetreibenden in diesem Jahr von längeren Öffnungszeiten profitieren könnten. Auch in Berlin wird - trotz entgegengesetzter Zusage des rot-roten Senats - die neue Regelung nicht mehr in diesem Jahr in Kraft treten können.

„Diese Situation ist nicht nur unbefriedigend, sondern zeigt vielmehr, dass der heimische Einzelhandel für den rot-roten Senat keine große Priorität hat“, resümiert Wegner. Beim Thema „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ erläuterte der Bundestagsabgeordnete das Zustandekommen des Kompromisses der Großen Koalition, unterstrich aber die Notwendigkeit mögliche negative Auswirkungen des Gesetzes in Bezug auf bürokratische Belastungen, Rechtssicherheit, Privatautonomie und den Arbeitsmarkt genau zu beobachten. Wegner hierzu: „Ich baue hier auf eine konstruktive Zusammenarbeit

mit den Wirtschaftsverbänden, um ungewollte negative Auswirkungen des Gesetzes schnellstmöglich zu korrigieren.“

Abschließend lobte der Spandauer Bundestagsabgeordnete die Ausbildungsleistung des Deutschen Einzelhandels: „Trotz schwieriger

wirtschaftlicher Lage ist es gelungen, alleine in Ostdeutschland die Zahl der Ausbildungsverträge um 20% zu steigern – diese Ausbildungsbereitschaft ist beeindruckend.“ Wegner dankte in diesem Zusammenhang dem HDE für seine Anstrengungen im Werben für mehr Ausbildungsplätze.



Kai Wegner



Industriestandort Berlin stärken



Michael Dietmann

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Dietmann, hat die erneute drastische Abnahme der Arbeitslosenzahlen im Bund als „großen Erfolg der Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel“ bezeichnet.

Die Zeichen im Bund stünden weiterhin auf Aufschwung. Die Stimmung weise trotz aller ausstehender Aufgaben, vor allem bei der Reform der Sozialsysteme, eindeutig auf ein nachhaltiges Wachstum hin. Dietmann: „Als Frau Merkel mit ihrer Regierung die Arbeit aufnahm, zählte Deutschland im Januar 2006 knapp über 5 Mio. Arbeitslose. Heute liegt die Zahl bei 4,2 Mio. Menschen ohne Arbeitsplatz. Dies ist ein Beweis für eine Politik, die sich an den Stärken und der Bereitschaft der Menschen orientiert, den

Standort Deutschland wieder zu einem Wachstums- und Investitionsland zu machen.“

Dietmann: „Leider ist dieses Wachstum noch nicht auf Berlin übertragbar. Die Abnahme der Arbeitslosenzahlen in Berlin verharrt auf einem niedrigeren Niveau als im Bund insgesamt. Der rot-rote Senat

hat in der Vergangenheit zu wenig Ansiedlungs- und Investitionspolitik betrieben. Investoren wurden zu oft nicht ausreichend empfangen oder begleitet. Wir brauchen auch hier eine größere Kümmer-Kompetenz, nicht erst, wenn die Standorte vor dem Aus stehen. Und: Berlin muss

seine Stärken unterstreichen, Wirtschaft und Wissenschaft enger vernetzen.“

Dietmann rief den Senat dazu auf, den Industriestandort Berlin zu fördern: „Wir brauchen auch im sekundären Wirtschaftssektor, der Industrie, wieder mehr Investitionen und Arbeitsplätze.“



Unterschichten-debatte ist wenig hilfreich

Der CDU-Abgeordnete Gregor Hoffmann hat die von der SPD angezeigte Debatte um eine Unterschicht als „nur für Theoretiker hilfreich“ bezeichnet.



Gregor Hoffmann

Gefragt sind aber schon seit Jahren konkrete Lösungen für die Betroffenen. Dazu gehört auch und gerade in der Rot-Rot geführten Berliner Politik eine ehrliche Einschätzung der Einkommensverhältnisse und der Möglichkeiten des jeweils Einzelnen bzw. seiner Familie an gesellschaftlicher Teilhabe. „Sarrazinsche Ansätze“ sind hier der falsche Weg“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Hoffmann zu Verlautbarungen aus einem internen Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Hoffmann kritisierte, Rot-Rot habe in der vergangenen Legislaturperiode 17% Armutswachstum in Berlin zu verantworten. „Das zeigt: Wo Rot-Rot drauf steht, ist keine soziale Gerechtigkeit drin. Es wird endlich Zeit, den finanziell schwachen Berlinerinnen und Berlinern eine Perspektive zu geben.“

Hoffmann mahnte an, es brauche konkrete politische Ansätze gegen die prekäre Einkommenssituation vieler Berlinerinnen und Berliner: „Ein erster Schritt wäre eine stärkere Berücksichtigung der Berliner Lage bei den Ressort-zuschneiden im Rahmen der Senatsbildung und mehr Eigenständigkeit für die bezirklichen Jobcenter, ein zweiter die finanzielle Sicherung von Leistungen, beispielsweise in der Kinder- und Jugendarbeit.“

Hoffmann sagte abschließend, die Unterschichten-debatte sei unerträglich und müsse ein Ende haben: „Die CDU-Fraktion wird konstruktiv an einer Debatte für mehr Arbeit und soziale Ausgewogenheit teilnehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Mensch wieder ins Zentrum der Betrachtungen rückt. Die Aufgabe der Politik ist es, einen lebenswerten Rahmen zu schaffen und zwar möglichst ohne Unterschicht.“